

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 13. Dezember 1985

Blatt 3186

"Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet:  
(grau) Ehrung für Generaldirektor der Bausparkasse  
Wüstenrot  
Ehrung für Landesschulinspektor  
Braun: selbstverständlich keine Straße durch die  
Lobau

Kommunal:  
(rosa) Ab Sonntag abend wieder nächtliches  
Schienenstraßen-Parkverbot  
Dachgleichenfeier für Wiens 26. Pensionistenheim  
40 Jahre Wiener Landtag

Lokal:  
(orange) Alle Jahre wieder: Feuerpolizei kontrolliert  
Kaufhäuser

Nur über FS: Weihnachtsspektakel in der Längenfeldgasse  
Bauarbeiter unter Schalungswand verschüttet

.....  
Bereits am 12. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ehrung für Generaldirektor der Bausparkasse Wüstenrot  
18 Wien, 12.12. (RK-KOHHUNAL) Der Generaldirektor der  
Bausparkasse Wüstenrot, Senator Kommerzialrat Walter AICHINGER,  
wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien  
ausgezeichnet. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN überreichte das  
Ehrenzeichen am Donnerstag im Wiener Rathaus. (Schluß) ger/bs

NNNN



.....  
Bereits am 12. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Ehrung für Landesschulinspektor

19 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK  
überreichte am Donnerstag in seinem Arbeitszimmer an Landesschul-  
inspektor Hofrat Horst SCHÖN das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste  
um das Land Wien. An der Ehrung nahmen auch Familienminister  
Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Jugendstadtrat Ingrid SMEJKAL teil.  
(Schluß) red/rr

NNNN

.....  
Bereits am 12. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Braun: selbstverständlich keine Straße durch die Lobau  
21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Er lehne als Umweltstadtrat  
selbstverständlich jeden Straßenbau durch die Lobau ab und habe dies  
in Zusammenhang mit der Staustufe Wien bereits gesagt: das betonte  
Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUS-  
KORRESPONDENZ" zu Äußerungen der Wiener öVP. Braun wies darauf hin,  
daß er bereits vor einigen Wochen in einem Gespräch mit einer Wiener  
Tageszeitung darauf hingewiesen hat, daß diese Straße vom Umwelt-  
standpunkt aus natürlich nicht zu vertreten sei. "Ich freue mich  
jedoch, wenn auch die Wiener öVP sich nun für den Schutz der Lobau  
einsetzen will", schloß Braun. (Schluß) hrs/gg

NNNN



Alle Jahre wieder: Feuerpolizei kontrolliert Kaufhäuser  
Utl.: Appell an Sicherheitsbewußtsein der Verantwortlichen  
4 =Wien, 13.12. (RK-LOKAL) Alle Jahre wieder vor Weihnachten  
quellen die Kaufhäuser mit ihrem umfangreichen Warenangebot über,  
und Dekorationen sollen die Kaufbereitschaft der Kunden besonders  
fördern. Allerdings könnten verstellte Durchgangswege und  
gefährliche Dekorationsmaterialien bei einem Brand verheerende  
Folgen für Kunden und Personal haben. Aus diesem Grund überprüft die  
Feuerpolizei alljährlich in Schwerpunktaktionen Betriebe mit  
besonders großem Kundenandrang.+++

Die bisherigen Überprüfungen zeigen immer wieder, daß  
Haupteingänge vielfach nur eingeschränkt benützbar und Notausgänge  
manchmal versperrt sind und in Stiegenhäusern, die als Fluchtwege  
freigehalten werden müssen, Waren gelagert werden. Auch stellten  
sich nicht selten die notwendigen Feuerlösch- und Brandmeldeein-  
richtungen als nur bedingt funktionstüchtig heraus, und das  
Rauchverbot wird oft zu wenig beachtet.

Die Gruppenleitung Baupolizei, der auch die Feuerpolizei  
untersteht, hat dieser Tage die einschlägigen Betriebe auf die  
entsprechenden Bestimmungen aufmerksam gemacht und darauf  
hingewiesen, daß mit verstärkten Kontrollen zu rechnen ist. (Schluß)  
and/rr

NNNN



Ab Sonntag abend wieder nächtliches Schienenstraßen-Parkverbot  
Utl.: Versuch mit Halteverbot nur bei Schneelage  
5 =Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Sonntag abend tritt wieder das  
nächtliche Parkverbot in Schienenstraßen in Kraft, das bei  
Schneefall die maschinelle Räumung vor Betriebsbeginn der  
Straßenbahn sichert. Es gilt bis 31. März jeweils in der Zeit von  
20 Uhr bis 5 Uhr. Bautenstadtrat Roman RAUTNER zur "RATHAUS-  
KORRESPONDENZ": "Möglicherweise ist das der letzte Winter, in dem  
das generelle nächtliche Schienenstraßen-Parkverbot gilt. Wir  
streben eine Lösung an, die in Hinkunft Einschränkungen nur in jenen  
Schienenstraßenabschnitten vorsieht, wo die Schneeräumung für die  
Straßenbahn unbedingt gewährleistet sein muß. Dort soll ein  
Halteverbot nur bei Schneelage gelten."++++

Als Versuchsstrecke wurde für diesen Winter der Verlauf der  
Straßenbahnlinie "41" ausgewählt: Währinger Straße im 9. und  
18. Bezirk, Gentzgasse, Gersthofer Straße. Diese Strecke ist durch  
das Verkehrszeichen "Halten und Parken verboten" gekennzeichnet -  
mit einer Zusatztafel, die darauf hinweist, daß das Verbot zwischen  
20 Uhr und 5 Uhr und nur bei Schneelage gilt und daß das  
Schienenstraßen-Parkverbot hier nicht in Kraft ist. Auch Anfang und  
Ende der Verbotszone werden angegeben. Diese Regelung führt zwar zu  
einer Vermehrung der Verkehrszeichen, dafür bleiben aber Parkplätze  
erhalten.

Rautner: "Die Erfahrungen mit der Teststrecke sollen zeigen, ob  
diese Lösung in der Praxis funktioniert. Mit der derzeitigen Lösung  
ist ja fast niemand zufrieden, da in der trockenen Zeit wertvolle  
Parkflächen verlorengelassen. Außerdem fällt in Wien nur an relativ  
wenigen Tagen Schnee. Andererseits muß aber sichergestellt sein, daß  
der Straßenbahnverkehr gerade bei Schneewetter - wenn auch viele  
Autofahrer auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen - nicht  
behindert wird." (Schluß) sc/gg



Dachgleichenfeier bei Wiens 26. Pensionistenheim

Utl.: In der Neilreichgasse auf den Wienerberggründen

6 =Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Freitag nachmittag fand auf den Wienerberggründen in Favoriten die Dachgleichenfeier für Wiens 26. Pensionistenheim statt. Es ist bereits die zweite derartige Einrichtung im 10. Bezirk und wird insgesamt 293 betagten Wienerinnen und Wienern in 281 Einzelappartements und sechs Zweipersonen-Appartements Platz bieten. Darüber hinaus sind in diesem Heim auch 36 Betten in einer Betreuungsstation vorgesehen. Wiens Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER unterstrich bei dieser Gelegenheit das Engagement der Stadt Wien vor allem auch für die älteren Mitbürger.+++

Auch bei diesem Heim wird darauf geachtet, daß den Pensionisten, die hier zu Hause sein werden, zahlreiche Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten angeboten werden. Dazu gehören eine Bibliothek, Hobby- und Fernsehräume, eine Sauna und Veranstaltungssäle. Die voraussichtlichen Kosten sind mit 320 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Grundsteinlegung fand am 8. November 1984 statt. Bei der Errichtung dieses Gebäudes wurde erstmals in Wien eine Bauweise angewendet, die eine Bauzeitverkürzung um ein Jahr ermöglicht: das Konstruktionsprinzip ist ein Stahlskelettbau, in den vorgefertigte Fassaden-, Decken- und Wandteile eingehängt werden. Das bis zu sechs Stockwerke hohe Gebäude besteht aus insgesamt 900 Modulen - ein Verfahren, mit dessen Hilfe der Rohbau in zehn Wochen fertiggestellt werden konnte.

Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime, das auch dieses Heim errichtet und betreiben wird, verfügt gegenwärtig über 5.518 Wohnheimplätze und 663 Plätze in Betreuungsstationen. Heime mit insgesamt 1.505 Wohnheimplätzen und 185 Plätzen in B-Stationen sind zur Zeit in Bau, und weitere Heime sind geplant. Nicht zuletzt leistet das Kuratorium mit der kontinuierlichen Errichtung dieser Heime auch einen maßgeblichen beschäftigungspolitischen Beitrag.  
(Schluß) and/gg



40 Jahre Wiener Landtag (1)

Utl.: Zilk: Politik der humanistischen Perspektive

8 =Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Vor 40 Jahren, am 13. Dezember 1945, trat der Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Aus diesem Anlaß fand Freitag eine Festsitzung statt, der zahlreiche Ehrengäste - an der Spitze Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER, Nationalratspräsident Anton BENYA sowie mehrere Mitglieder der Bundesregierung - beiwohnten. Die beiden Festreden wurden von Landtagspräsident Günther SALLABERGER und Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK gehalten.

Zilk erklärte in seiner Ansprache, man sollte sich die Politikergeneration der Wiederaufbauära zum Vorbild nehmen, und warf die Frage auf, "wie weit wir heute noch die Herabsetzung und die Diffamierung des politisch Andersdenkenden treiben sollen oder dürfen". Er sei zwar für das Aufdecken von Fehlern und das Ausmerzen von Mißständen. Doch brauche die Demokratie auch das Heilen, Pflegen und Vertrauen. "Das sollten wir heute nicht vergessen", betonte Zilk.++++

Im weiteren sagte der Landeshauptmann, Europa dürfe nicht das "Freilichtmuseum" oder "Disneyland" der Welt werden. Die Herausforderungen der Zukunft könnten nur mit mehr Leistung bewältigt werden. Leistung dürfe jedoch nicht blindwütige Konkurrenz gegen andere bedeuten. "Wenn ich hier dem Leistungsgedanken das Wort rede, dann verbinde ich das in einem Atemzug mit der Forderung nach einer Politik der humanistischen Perspektive", hob Zilk hervor.

Zur Entwicklung der politischen Parteien meinte der Landeshauptmann, vom Politiker werde immer mehr ein Weg vom Ideologen und ein Hin zum flexiblen Politikertypus verlangt. Dieser Entideologisierung der traditionellen Politik stehe oft eine emotional sehr aufgeladene und kaum zu Kompromissen bereite Ideologisierung von Einzelfragen etwa im Umweltbereich gegenüber. "Wenn ich hier dem Integrieren, dem Sich-Auseinandersetzen mit anderen Meinungen das Wort rede, dann ist das nicht Opportunismus, sondern meines Erachtens ein Gebot langfristiger staatspolitischer Notwendigkeiten", unterstrich Zilk. (Forts.) chr/gg



## 40 Jahre Wiener Landtag (2)

9 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Schließlich beschäftigte sich Zilk noch mit der innerösterreichischen Stellung Wiens. Die Bundeshauptstadt sei zwar die "internationale Visitenkarte" Österreichs. Doch dürfe diese im Ausland geachtete Position nicht durch innerösterreichische Struktur Nachteile gefährdet werden, appellierte Zilk an die Bundesregierung. Kein Staat könne sich eine Trennung der Gesellschaft in arm und reich leisten. Ebenso wenig könne sich ein Land eine Trennung in eine bevorzugte Westregion und in eine strukturell benachteiligte Ostregion staatspolitisch leisten. Jährlich sei ein Abfluß von 16 Milliarden Schilling an in Wien aufgebrauchten Mitteln in andere Bundesländer zu verzeichnen.

=Landtagspräsident Sallaberger hielt in seiner Festrede einen Rückblick auf die abgelaufenen 40 Jahre. Er erinnerte an die erste Sitzung des Landtags am 13. Dezember 1945, bei der die Anwesenden in Mäntel gehüllt auf den Bänken saßen, da es keine Heizung gab und die Fenster anstelle des Glases mit Brettern notdürftig vernagelt waren. Im weiteren verwies Sallaberger darauf, daß sich die gesetzgebende Körperschaft Wiens in wesentlichen Punkten von den übrigen Landtagen in Österreich unterscheidet. "In Wien ist mit der Identität zwischen Landtag und Gemeinderat zweifellos eine viel größere Entscheidungskraft und damit Verantwortung beim einzelnen Mandatar gegeben", sagte der Landtagspräsident.++++

Dem Wiener Landtag und Gemeinderat gehörten laut Sallaberger seit 1945 insgesamt 452 Abgeordnete an. Während dieser Zeit wurden 544 Gesetze beschlossen, darunter viele für die Entwicklung Wiens besonders prägnante, wie zum Beispiel am 26. Februar 1946 das Wiederinkrafttreten der Wiener Stadtverfassung und damit die Wiederherstellung der Grenzen zwischen Wien und Niederösterreich.

Der Landtagspräsident erklärte, daß die meisten der vom Wiener Landtag beschlossenen Gesetze der Erfüllung bestimmter artikulierter Bedürfnisse der Menschen dienten, kurzum dem, was heute unter dem Begriff materieller Lebensqualität subsumiert wird. Doch finden auch, so Sallaberger, gesellschaftspolitische Entwicklungen ihren Niederschlag. Ein Musterbeispiel dafür sei die Änderung der Wiener Stadtverfassung im Jahr 1978. "Sie brachte für die Bürger mehr Mitbestimmung, und trotzdem sind wir gut beraten, wenn wir heute Überlegungen anstellen, die derzeit gültige Verfassung abzuändern, um eine noch stärkere Partizipation der Bürger zu erreichen", betonte Sallaberger. (Schluß) chr/gg